

N i e d e r s c h r i f t

der 25. Sitzung des Stadtrates am 20.09.2006

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal
Markplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 14:05 Uhr bis 15:45 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler	
Herr Harald Bartl	CDU
Herr Martin Bauersfeld	CDU
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Herr Bernhard Bönisch	CDU
Herr Milad El-Khalil	CDU
Herr Joachim Geuther	CDU
Herr Thomas Godenrath	CDU
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU
Herr Wolfgang Kupke	CDU
Herr Werner Misch	CDU
Herrn Gernot Töpfer	CDU
Frau Isa Weiß	CDU
Herr Dr. Erwin Bartsch	Die Linkspartei. PDS
Frau Ute Haupt	Die Linkspartei. PDS
Herr Uwe Heft	Die Linkspartei. PDS
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	Die Linkspartei. PDS
Herr Hendrik Lange	Die Linkspartei. PDS
Herr Dr. Bodo Meerheim	Die Linkspartei. PDS
Frau Elisabeth Nagel	Die Linkspartei. PDS
Herr Erhard Preuk	Die Linkspartei. PDS
Herr Hans-Jürgen Schiller	Die Linkspartei. PDS
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	Die Linkspartei. PDS
Herr Rudenz Schramm	Die Linkspartei. PDS
Frau Heidrun Tannenberg	Die Linkspartei. PDS
Herr Dr. Mohamed Yousif	Die Linkspartei. PDS
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD
Herr Thomas Felke	SPD
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD
Frau Hanna Haupt	SPD
Herr Gottfried Koehn	SPD
Herr Johannes Krause	SPD
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD
Herr Michael Zeidler	SPD
Herr Andreas Hajek	FDP
Herr Friedemann Scholze	FDP
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP
Herr Heinz Maluch	GRAUE
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE
Frau Sabine Wolf	NEUES FORUM
Herr Prof. Ludwig Ehrler	MitBürger
Herr Tom Wolter	MitBürger
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR HALLE

Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE
Herr Joachim Knauerhase	WIR. FÜR HALLE
Frau Dr. Gesine Haerting	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Dietmar Weirich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Andrea Machleid	NPD
Herr Eberhard Doege	BG
Herr Egbert Geier	BG
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG
Herr Dr. Thomas Pohlack	BG
Frau Dagmar Szabados	Bgm
Herr Thomas Willecke	Verw

Entschuldigt fehlen:

Herr Oliver Christoph Klaus	CDU
Herr Frank Sänger	CDU
Frau Dr. Petra Sitte	Die Linkspartei. PDS
Frau Gertrud Ewert	SPD
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle
Frau Brigitte Thieme	GRAUE
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger

Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn **Harald B a r t l**.

Herr Gobsch stellte folgende Fragen:

1. In der Mitteldeutschen Zeitung wurde veröffentlicht, dass der Landesrechnungshof Sachsen-Anhalt in einer Prüfungsmitteilung die Stadt Halle wegen der Abfindung von 35 T€ für einen Mitbewerber zur Baudezernentenwahl gerügt hat. Wird die Stadt Halle die Öffentlichkeit über das Ergebnis dieser Abschlussbesprechung informieren, und wenn nicht, weshalb nicht?
2. Die Stadt Halle ist am 1.9.06 zum Weltfriedenstag der Initiative „Mayors for Peace“ beigetreten. Er hat per Mail die Bewerber für die OB-Kandidatur gebeten, den Ramsteiner Appell online zu unterzeichnen. Bis auf Herrn Dr. Meerheim und Herrn Heft hat keine Persönlichkeit der Stadt Halle diesen Appell unterschrieben. Ist der Beitritt der Stadt Halle in Lippenbekenntnis?
3. Im PPP-Projekt sollte die Vergabe an private Firmen zum 31.7.06 abgeschlossen sein. Wurde dieser Termin eingehalten?
4. Die EU-Energieeffizienz-Richtlinie ist am 17.5.06 in Kraft getreten. Welche Maßnahmen wird die Stadt Halle einleiten, um diese Richtlinie umzusetzen?
5. Im Jahr 1992 ist die Stadt Halle dem Klimabündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder „Allianza del Klima e. V.“ beigetreten. Welche Aktivitäten wurden dazu von der Stadt Halle 2006 geleistet? Welche Aktivitäten plant die Stadt insbesondere zum autofreien Tag am 22.9.06?
6. Der Aktionsplan gegen Feinstaub der Stadt Halle beschränkt sich im Wesentlichen auf die Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h in der Nähe der Messstation in der Merseburger Straße und das Besprühen mit Feuchtigkeit von bestimmten Plätzen und Straßen. Hierzu wurde im Halle-Forum berichtet, dass ein Richter zu Gunsten der Autofahrer entscheidet, die in der Merseburger Straße zu schnell fahren. Damit ist die Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h in der Merseburger Straße unwirksam.
Angesichts dieser unwirksamen Maßnahmen im Aktionsplan fragte er, ob der Stadt Halle der Feinstaubkleber Calciummagnesiumazytat (CMA) bekannt ist, der mit großem Erfolg in anderen Ländern angewendet wird. Wenn ja, wie wird die Stadt Halle den Feinstaubkleber einsetzen?
7. In der Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 22.9.05 wurde der Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger zu Mobilfunkanlagen in Halle diskutiert. Es wurde durch Herrn Doege festgelegt, einmal im Jahr den Ausschuss über die aktuelle Entwicklung der Mobilfunkanlagen in der Stadt Halle zu informieren. Wann wird diese Information im Jahre 2006 erfolgen?

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass sie diese Fragen nicht in der kurzen Zeit beantworten kann. Sie verwies auf die Intention dieser Fragestunde, welche sich nur auf die Tagesordnung der Stadtratssitzung bezieht. Sie schlug vor, dass Herr Gobsch seine Fragen schriftlich abgibt, damit die Stadt schriftlich antworten kann. Um die schriftliche

Aufarbeitung in der Verwaltung in Grenzen zu halten, könnten gleich hier ein paar Punkte beantwortet werden.

Herr Gobsch bat darum, dass die Bürger auf ihre gestellten Fragen sowie er von der Beantwortung öffentlich Kenntnis erhalten sollten.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, wies darauf hin, dass die Beantwortung der Anfragen den Fraktionen zugesandt wird und die Antworten als Anhang im Protokoll erscheinen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler ging auf die Anfrage betreffend Landesrechnungshof ein. Ein Abschlussgespräch mit dem Landesrechnungshof hat es gegeben. Über dieses Gespräch werde die Öffentlichkeit nicht informiert. Dieses Arbeitsgespräch hatte den Zweck, den vorgelegten Entwurf des Landesrechnungshofes gegebenenfalls zu korrigieren. Nach Vorlage des Endberichtes des Landesrechnungshofes in den nächsten Wochen wird sich der Stadtrat damit befassen.

Herr Gobsch fragte, ob der Endbericht veröffentlicht wird.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass eine Veröffentlichung aufgrund der Größe des Papiers nicht möglich ist. Außerdem obliege die Veröffentlichung dem Landesrechnungshof. Die Vorgänge, die Konflikte betreffen, werden mit dem Stadtrat über den Rechnungsprüfungsausschuss behandelt. Es gibt ein klares, geregeltes Verfahren, wie mit dem Prüfbericht des Landesrechnungshofes umzugehen ist. Dies werde die Stadtverwaltung korrekt einhalten. Auf diese Weise ist der Stadtrat mit einbezogen. Über Fraktionsmitglieder können dann Einzelheiten erfragt werden. Sie bestätigte ihren Beitritt zur Initiative „Mayors for Peace“. Man müsse sich aber mit den Inhalten noch auseinandersetzen, bevor sie sich dazu klar erklärt. Aus diesem Grunde wird Herr Gobsch dazu eine schriftliche Antwort erhalten. Das PPP-Projekt ist noch nicht abgeschlossen. Hierzu wird im November der Stadtrat tagen, damit das Vergabeverfahren abgeschlossen werden kann. Zur Frage Klimabündnis wird die Stadtverwaltung eine schriftliche Antwort geben. Sie bat Herrn Doege, etwas zur Frage betreffend Feinstaub zu sagen.

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, antwortete, dass er auf das erwähnte Mittel CMA keine Auskunft geben kann. Er kenne den Sachverhalt nicht. Bezogen auf den Richterspruch aus dem Halle-Forum sagte er, dass die Stadt Halle dort nicht aufgetreten sein kann, weil sie keine Geschwindigkeitsmessungen durchführt, sondern die Polizei. Ein entsprechender Bußgeldbescheid der Polizei muss angefochten worden sein. Er habe sich an die Polizei gewandt. Dort ist ein entsprechendes Verfahren nicht bekannt. Aus diesem Grund könne er die Frage nicht beantworten.

Herr Gobsch sagte, dass sich seine Frage auf den Feinstaubkleber bezogen habe.

Herr Doege antwortete weiter, dass am 26. Oktober 2006 eine gemeinsame Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses sowie des Ordnungs- und Umweltausschusses stattfindet, wo das Thema Mobilfunkanlagen behandelt wird.

Herr Karl übergab Einladungen für den Tag der Deutschen Einheit am 3.10.06, welche über den Landtagspräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt versehentlich an die Stadträtin Frau Machleid, Fraktion der NPD, gesandt wurden. Er fragte an, ob er diese Einladungen übergeben kann.

Herr Bartl bat **Herrn Karl**, die Einladungen ihm zu übergeben, damit er sie an die entsprechenden Stadträtinnen und Stadträte weiterleiten kann.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Einwohnerfragestunde wurde von **Herrn Bartl** beendet.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Vor Eröffnung der öffentlichen Sitzung des Stadtrates wurde die Chronik des 120jährigen Stadtverbandes der Gartenfreunde Halle durch **Herrn Lehmann an Frau Oberbürgermeisterin Häußler** überreicht.

Herr Bartl informierte, dass sich der **Fraktionsvorsitzender und Stadtrat der Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, Herrn Friedemann Scholze**, aus dienstlichen Gründen von seinen Funktionen verabschiedet und heute das letzte Mal an der Stadtratssitzung teilnimmt.

Herr Scholze, Fraktionsvorsitzende der Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, begründete seine Verabschiedung und bedankte sich bei den Stadträten für die gute Zusammenarbeit und wünschte ihnen für die Gestaltung der Stadt Halle alles Gute.

Herr Bartl bedankte sich bei **Herrn Scholze** und wünschte ihm im persönlichen sowie im Arbeitsleben viel Erfolg und Schaffenskraft. **Frau Oberbürgermeisterin Häußler** übergab **Herrn Scholze** einen Blumenstrauß.

Die 25. öffentliche Tagung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald B a r t l**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 42 Mitglieder des Stadtrates (73,86 %) anwesend.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, teilte mit, dass folgende Tagesordnungspunkte, da sie im Ausschuss für Finanzen, städtisches Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zurückgezogen wurden, von der Tagesordnung **abzusetzen** sind.

- 5.2 *Satzung zur Änderung der Satzung für das Kommunalunternehmen "BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)", Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Halle (Saale) vom 26.05.2004*
Vorlage: IV/2006/05720
- 5.3 *Beteiligungsrichtlinien der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: IV/2006/05731
- 5.10 *Feststellung Jahresabschluss 2005 der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH*
Vorlage: IV/2006/05946

Auf die Tagesordnung ist zu setzen:

- 7.9 Dringlichkeitsantrag**
Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + Graue + WG Volkssolidarität zur Umbesetzung eines Mitgliedes der Fraktion im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: IV/2006/06031

Herr Scholze, Fraktionsgemeinschaft FDP + Graue + VS 90, begründete die Umbesetzung eines Mitgliedes der Fraktion im Jugendhilfeausschuss mit der nahtlosen Fortsetzung der Arbeit, da Frau Thieme zurzeit ihr Mandat nicht wahrnehmen kann.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme des DA auf die TO:

einstimmig z u g e s t i m m t

Weiterhin lag ein **Änderungsantrag** vor:

- 7.3.1 Änderungsantrag der Linkspartei.PDS-Fraktion zum Antrag der Fraktion WIR.FÜR HALLE.-BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN-MitBürger zur Radverkehrsförderung in der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2006/06023

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Abstimmungsergebnis zur Tagesordnung:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Es wurde folgende **T a g e s o r d n u n g** festgestellt:

Einwohnerfragestunde

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.07.2006**
- 4. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 19.07.2006 gefassten Beschlüsse**
- 5. Vorlagen**
 - 5.1. Rettungsdienstgebührensatzung
Vorlage: IV/2005/05065**
 - 5.2. *Satzung zur Änderung der Satzung für das Kommunalunternehmen "BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)", Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Halle (Saale) vom 26.05.2004*
Vorlage: IV/2006/05720 **abgesetzt****
 - 5.3. *Beteiligungsrichtlinien der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: IV/2006/05731 **abgesetzt****
 - 5.4. Gründung der Servicegesellschaft durch HAVAG gemeinsam mit LSB
Vorlage: IV/2006/05944**
 - 5.5. Entlastung des Verwaltungsrates der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle für das Geschäftsjahr 2005
Vorlage: IV/2006/05968**
 - 5.6. Feststellung Jahresabschluss 2005 der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/05939**
 - 5.7. Feststellung Jahresabschluss 2004 der Städtisches Krankenhaus Martha-Maria Halle-Dölau gGmbH
Vorlage: IV/2006/05964**
 - 5.8. Feststellung Jahresabschluss 2005 der Städtisches Krankenhaus Martha-Maria Halle-Dölau gGmbH
Vorlage: IV/2006/05963**
 - 5.9. Feststellung Jahresabschluss 2005 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin
Vorlage: IV/2006/05945**
 - 5.10. *Feststellung Jahresabschluss 2005 der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH*
Vorlage: IV/2006/05946 **abgesetzt****
 - 5.11. Feststellung Jahresabschluss 2005 der TGZ Halle Technologie- und**

Gründerzentrum Halle GmbH
Vorlage: IV/2006/05947

Feststellung Jahresabschluss 2005 der Bio-Zentrum Halle GmbH
5.12. Vorlage: IV/2006/05948

Feststellung Jahresabschluss 2005 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
5.13. Vorlage: IV/2006/05949

Feststellung Jahresabschluss 2005 der Zoologischer Garten Halle GmbH
5.14. Vorlage: IV/2006/05962

Feststellung Jahresabschluss 2005 der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau
5.15. Vorlage: IV/2006/05933

6. Wiedervorlage

6.1. Antrag der Stadträte Wolff/Schuh Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE zur Erarbeitung eines Handlungskonzeptes für die Stadt zu den Zielvorstellungen der BA innerhalb der ARGE
Vorlage: IV/2006/05751

6.2. Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE- zur Erteilung eines Prüfauftrages zum Themenkomplex "Nutzung des bestehenden Netzes der Bürgerbriefkästen der Stadt Halle (Saale) für Postsendungen an die ARGE durch Bürger unserer Stadt"
Vorlage: IV/2005/05292

6.3. Antrag der CDU-Ratsfraktion - Strukturierung und Begrenzung von gewerblicher und politischer Plakatierung
Vorlage: IV/2006/05737

7. Anträge von Fraktionen und Stadträten

7.1. Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU, SPD, FDP + GRAUE + WG VS 90, NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE zum kombinierten Fuß- und Radweg an der Roßbachstraße
Vorlage: IV/2006/06009

7.2. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur regelmäßigen Information des Stadtrates über den Haushaltsvollzug
Vorlage: IV/2006/05999

7.3. Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Radverkehrsförderung in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/05997

7.3.1 Änderungsantrag der Linkspartei.PDS-Fraktion zum Antrag der Fraktion WIR.FÜR HALLE.-BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN-MitBürger zur Radverkehrsförderung in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/06023

- 7.4. **Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Beteiligung am geplanten Bundesprogramm "Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" ab dem Jahr 2007**
Vorlage: IV/2006/06002
- 7.5. **Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Umbesetzung eines Mitgliedes der Fraktion im Rechnungsprüfungsausschuss**
Vorlage: IV/2006/05993
- 7.6. **Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Umbesetzung eines Mitgliedes der Fraktion im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL und HOAI**
Vorlage: IV/2006/05994
- 7.7. **Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Entsendung eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH (VVV)**
Vorlage: IV/2006/05995
- 7.8. **Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Kulturausschuss**
Vorlage: IV/2006/05991
- 7.9. **Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + Graue + WG Volkssolidarität zur Umbesetzung eines Mitgliedes der Fraktion im Jugendhilfeausschuss**
Vorlage: IV/2006/06031
8. **Anfragen von Stadträten**
- 8.1. **Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion - Forderungsmanagement der Stadtverwaltung Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2006/05857
- 8.2. **Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion zur finanziellen Be-/Entlastung der Stadt Halle durch die Einführung des SGB II im Jahr 2005**
Vorlage: IV/2006/05992
- 8.3. **Anfrage der CDU-Stadtratsfraktionen zu Auswirkungen von Gesetzesänderungen im Umweltrecht**
Vorlage: IV/2006/06001
- 8.4. **Anfrage des Stadtrates Thomas Godenrath - CDU - zu den Hundesteuereinnahmen im Jahr 2005**
Vorlage: IV/2006/06003
- 8.5. **Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Veränderung des Liniennetzes der Halleschen Verkehrs-AG**
Vorlage: IV/2006/06010
- 8.6. **Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Videoüberwachung öffentlicher Plätze**
Vorlage: IV/2006/06008

- 8.7. **Anfrage der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) zur Tätigkeit der Schiedsstellen**
Vorlage: IV/2006/05990
- 8.8. **Anfrage der Fraktionsgemeinschaft FDP + Die Grauen + WG Volkssolidarität - aktueller Sachstand des Kegelsports nach Erstellung des Gutachtens zum "Paradies"**
Vorlage: IV/2006/06006
- 8.9. **Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Thema: Entgeltsaterhebung für die Benutzung von Sportstätten und Bäder der Stadt Halle (Saale) für Schulen in freier Trägerschaft kurz vor Schulbeginn**
Vorlage: IV/2006/06005
- 8.10. **Anfrage der Stadträtin Elke Schwabe - WIR. FÜR HALLE. - zum Stand der Umsetzung des Bildungsprogrammes "Bildung Elementar" in der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2006/05996
- 8.11. **Anfrage des Stadtrates Tom Wolter - MitBürger - zu Flächen für eine Fahrradcrossstrecke in der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2006/06004
- 8.12. **Anfrage des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zu Park+Ride bzw. Bike+Ride-Anlagen in Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2006/05998
- 8.13. **Anfrage des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zu Rechtsextremismus in Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2006/06000
9. **mündliche Anfragen von Stadträten**
10. **Mitteilungen**
- 10.1. **Information zum Antrag des Stadtrates Wolfgang Kupke - CDU - zur Einrichtung einer Jugendbibliothek (Vorlage: IV/2005/05506)**
- 10.2. **Zwischenbescheid zum Antrag des Stadtrates Dr. Uwe Köck - Die Linkspartei. PDS Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zur Nachrüstung eines Wetterschutzes an der Straßenbahnhaltestelle Bahnunterführung Riebeckplatz**
- 10.3. **Information zum Widerspruch der Oberbürgermeisterin zum Beschluss des Stadtrates zur Fortschreibung des mittelfristigen Schulentwicklungsplanes**
11. **Anträge auf Akteneinsicht**

**3.4 Kandidat der Stadt Halle (Saale) für den Preis „Das unerschrockene Wort“
im Jahr 2007**

Vorlage: IV/2006/05778

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, als Kandidaten für die Verleihung des Preises „Das unerschrockene Wort“ im Jahr 2007 Herrn Klaus Staeck zu benennen.

**3.5 Festlegung der Förderung der Instandsetzung und Modernisierung des
ehemaligen Reichsbahndirektionsgebäudes, Ernst-Kamieth-Straße 2 a, zur
Nutzung durch das Landesverwaltungsamt**

Vorlage: IV/2006/05904

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat beschließt, für die Instandsetzung und Modernisierung des ehemaligen Reichsbahndirektionsgebäudes zur Nutzung durch das Landesverwaltungsamt eine Förderung zu gewähren.**
- 2. Dies gilt vorbehaltlich des Nachweises – der Zusage der Bewilligungsbehörde zur Zuteilung von Fördermitteln für das Programmjahr 2006 aus dem Programm „Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen“ für das Sanierungsgebiet „Altindustriestandorte Merseburger Straße mit dem Gründerzeitviertel Südliche Vorstadt“ - der Gewährung einer zweckgebundenen Spende zur Erbringung der erforderlichen Eigenmittel**

**zu 5.5 Entlastung des Verwaltungsrates der Stadt- und Saalkreissparkasse
Halle für das Geschäftsjahr 2005
Vorlage: IV/2006/05968**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, wies darauf hin, dass durch den Fachbereich Recht ein Schreiben in Bezug auf das Mitwirkungsverbot einzelner Aufsichtsratsmitglieder an die Fraktionen gerichtet wurde, welche bei den Vorlagen zu den Feststellungen von Jahresabschlüssen nicht mit abstimmen dürfen. Dies betrifft die Vorlagen TOP 5.5. bis 5.9 sowie 5.11 und 5.15.

Wortmeldungen gab es nicht.

Folgende Mitglieder des Stadtrates haben gem. § 31 GO LSA an der Abstimmung nicht teilgenommen:

Frau Isa Weiß
Herr Thomas Godenrath
Herr Hendrik Lange
Herr Heinz Maluch

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle beschließt die Entlastung des Verwaltungsrates der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle für das Geschäftsjahr 2005.

zu 5.13 Feststellung Jahresabschluss 2005 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: IV/2006/05949

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung der Oberbürgermeisterin in der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH vom 15.05.2006:

- 1. Der vom Geschäftsführer der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2005 wird in der vom Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Manfred Bruckhoff geprüften und am 20.03.2006 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.**

Der Jahresüberschuss beträgt	3.499,16 €
Die Bilanzsumme beträgt	280.539,89 €

- 2. Der Jahresüberschuss von 3.499,16 € wird mit dem Gewinnvortrag von 81.242,74 € verrechnet. Der verbleibende Betrag von 84.741,90 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.**
 - 3. Der Geschäftsführer wird für das Geschäftsjahr 2005 entlastet.**
-

zu 5.14 Feststellung Jahresabschluss 2005 der Zoologischer Garten Halle GmbH
Vorlage: IV/2006/05962

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, in der Gesellschafterversammlung der Zoologischer Garten Halle GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von dem Geschäftsführer der Zoologischer Garten Halle GmbH vorgelegte, von der Niethammer, Posewang & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft - Steuerberatungsgesellschaft geprüfte und am 31.03.2005 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2005 wird festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt	434.404,02 €
Die Bilanzsumme beträgt	33.617.807,35 €

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 434.404,02 € wird durch Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen.
 3. Dem Geschäftsführer wird für das Jahr 2005 die Entlastung erteilt.
 4. Der Beirat wird für das Geschäftsjahr 2005 entlastet.
-

zu 6 Wiedervorlage

**zu 6.1 Antrag der Stadträte Wolff/Schuh Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE zur Erarbeitung eines Handlungskonzeptes für die Stadt zu den Zielvorstellungen der BA innerhalb der ARGE
Vorlage: IV/2006/05751**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, ein städtisches Handlungskonzept, das auf die Zielvereinbarungen der BA eingeht und zur Ausfüllung der Umsetzungsverantwortung der Stadt in der ARGE dienen soll, bis zur Sommerpause vorzulegen.

Frau Wolf, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, informierte, dass sie sich Handlungskonzepte anderer Städte angesehen hat. Diese werden unterschiedlich gehandhabt und als notwendig angesehen. Im Errichtungsaufgabenübertragungsvertrag von 2004, § 3 Abs. 4, steht, wie die besonderen regionalen Besonderheiten geregelt werden.

Herr Krause, Fraktion der SPD, sagte, dass dieses Thema bereits im Rat behandelt wurde und den Stadträten das arbeitsmarktpolitische Programm der Stadt zugegangen ist. Nach diesem verfährt auch die ARGE Halle GmbH. Die Stadträte, die zum Teil als Aufsichtsräte für die Fraktionen mitwirken, begleiten das. Es gibt vielfältige Möglichkeiten für Stadträte, die nicht im Aufsichtsrat sind, z. B. diese Fragen auch im Rahmen des Betriebsausschusses des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung zu hinterfragen und zu diskutieren. Noch ein zusätzliches Programm zu erstellen, hält seine Fraktion nicht für nötig. Aus diesem Grunde lehnt seine Fraktion diesen Antrag ab.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

a b g e l e h n t

zu 6.2 Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE- zur Erteilung eines Prüfauftrages zum Themenkomplex "Nutzung des bestehenden Netzes der Bürgerbriefkästen der Stadt Halle (Saale) für Postsendungen an die ARGE durch Bürger unserer Stadt"
Vorlage: IV/2005/05292

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Möglichkeit besteht, die Bürgerbriefkästen der Stadtverwaltung für die Postsendungen von Bürgern der Stadt Halle an die ARGE zu nutzen.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, begründete den Antrag. Weiter wies sie darauf hin, dass auf den Bürgerbriefkästen steht, dass keine terminierten Briefe eingeworfen werden dürfen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS, begrüßte die Intention dieses Antrages. Die Kommune ist verpflichtet, nach SGB I, Art. 1 § 16, Abschn. 1 und 2, zu handeln. Damit ist die Stadt mit ihren Briefkästen für jeden Bürger und für andere Leistungsträger zuständig.

Frau Wolff zog daraufhin den **Antrag zurück**.

Herr Dr. Meerheim ergänzte, dass darauf hingewiesen werden muss, dass die Aufkleber an den Bürgerbriefkästen zu entfernen sind.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

z u r ü c k g e z o g e n

zu 6.3 Antrag der CDU-Ratsfraktion - Strukturierung und Begrenzung von gewerblicher und politischer Plakatierung
Vorlage: IV/2006/05737

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss (in modifizierter Form):

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die gewerbliche und politische Plakatierung in der Stadt Halle (Saale) strukturiert und begrenzt werden kann.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 7.1 Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU, SPD, FDP + GRAUE + WG VS 90, NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE zum kombinierten Fuß- und Radweg an der Roßbachstraße
Vorlage: IV/2006/06009

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird gebeten zu prüfen, ob der kombinierte Fuß- und Radweg parallel zur Roßbachstraße in das Straßen- und Wegenetz der Stadt Halle mit der Namensbezeichnung „Europaweg“ aufgenommen werden kann.

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten und in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften, um eine ordentliche Würdigung, auch in Form der entsprechenden Schilder, vornehmen zu können und um das Ganze noch etwas zu vertiefen und konkreter darzustellen.

Herr Koehn, Fraktion der SPD, schloss sich seinem Vorredner an und schlug vor, dass im Ausschuss für Planungsangelegenheiten die im Antrag genannten Beteiligten genannt werden. Auf einem Schild könne darauf hingewiesen werden, dass der Radweg anlässlich des Europacamps 2006 entstanden ist.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Stadtratsfraktion der CDU in den

- Ausschuss für Planungsangelegenheiten**
- Ausschuss Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften**

v e r w i e s e n.

**zu 7.2 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur regelmäßigen Information des Stadtrates über den Haushaltsvollzug
Vorlage: IV/2006/05999**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, regelmäßig (pro Quartal) Informationen über den Vollzug und die voraussichtliche Entwicklung des halleschen Haushalts dem Stadtrat vorzulegen. Daraus ableitend ist ein aktualisierter Gesamtüberblick über den Stand und die Entwicklung der städtischen Haushaltswirtschaft zu geben.

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Antrag der Fraktion der CDU in den

**- Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**

v e r w i e s e n .

**zu 7.3 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
MitBürger zur Radverkehrsförderung in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/05997**

**zu 7.3.1 Änderungsantrag der Linkspartei.PDS-Fraktion zum Antrag der
Fraktion WIR.FÜR HALLE.-BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN-MitBürger zur
Radverkehrsförderung in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/06023**

Beschlussvorschlag:

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für den Bereich der stadtteilverbindenden Fahrradrouen eine Übersicht über die notwendigen Investitionsmaßnahmen zur Gewährleistung von sicheren verkehrlichen Bedingungen für den täglichen Radverkehr zu erstellen. In einer solchen Übersicht sollen die zu realisierenden Maßnahmen prioritär gewichtet und Kostenschätzungen einschließlich der zur Verfügung stehenden Fördermittel angegeben werden.*
- 2. Entsprechend dem gegenwärtigen Radfahreranteil an den genutzten Verkehrsmitteln in der Stadt Halle (Saale) sind entsprechende Mittel aus dem Straßenbauetat für den Neubau und die Sanierung von Radwegen und Fahrradabstellanlagen in das mittelfristige Investitionsprogramm einzustellen.*

3. *Zukünftig ist bei allen Straßenbauvorhaben die Radverkehrsfreundlichkeit der jeweiligen Maßnahme zu prüfen. Dem Stadtrat ist in diesen Fällen eine entsprechende Stellungnahme des Radverkehrsbeauftragten der Stadt vorzulegen. Einmal jährlich wird im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben über den erreichten Stand der Umsetzung des Radverkehrskonzeptes aus dem Jahr 1995 berichtet.*
 4. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, unter welchen finanziellen Rahmenbedingungen und mit welchen strategischen Partnern eine kommunale Marketingkampagne „Halle fährt Rad“ durchgeführt werden kann.*
-

Herr Wehrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, begründete den Antrag seiner Fraktion damit, dass die Stadt Halle eine öffentlichkeitswirksame Kampagne erstellt, mit dem Ziel, den Radverkehr in Halle zu fördern. Er stellte fest, dass das Klima für Radfahrer in Halle schlecht ist. Um das Thema „Förderung des Radverkehrs“ im Rat und in den Ausschüssen zu thematisieren, verwies er im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten und in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler widersprach dem Eindruck, dass in Halle ein radunfreundliches Klima herrscht. Die Stadt ist bemüht, wo zurzeit etwa Neues gebaut wird, den Bedürfnissen der Radfahrer zu entsprechen. Sie bestätigte die nicht umgesetzte Radverkehrskonzeption. Die Haushaltslage lasse es nicht zu, neue Vorhaben zu beginnen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, fragte nach Wortmeldungen der anderen Fraktionen.

Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, zweifelte die Richtigkeit der Worte von Frau Oberbürgermeisterin Häußler in Bezug auf die Zwänge des Haushaltes an. Die seit mehreren Jahren bestehende Radverkehrskonzeption ist nicht umgesetzt worden. Die Stadt hat es nicht geschafft, die Mittel für den Radverkehrsanteil entsprechend einzusetzen und zu erbringen.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, schloss sich den Worten von **Herrn Weiland** an.

Herr Heft, Fraktion Die Linkspartei. PDS, sagte zu dem Antrag, dass das Anliegen verständlich und akzeptabel ist. Neben den Autofahrern ist das Verhalten der Radfahrer zu einem nicht unerheblichen Teil an den Unfällen in der letzten Zeit schuld. Bei beiden ist gegenseitige Rücksichtnahme geboten.

Herr Dr. Heinrich, Fraktion der CDU, sprach die Benachteiligung der Autofahrer in Halle an. Er führte den stockenden Verkehrsfluss besonders an den Ampeln an.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger in den

- Ausschuss für Planungsangelegenheiten
- Ausschuss Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

verwiesen.

**7.3.1 Änderungsantrag der Linkspartei.PDS-Fraktion zum Antrag der Fraktion
WIR.FÜR HALLE.-BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN-MitBürger zur
Radverkehrsförderung in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/06023**

Beschlussvorschlag:

*Der Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE.- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN- MitBürger wird im
1. Punkt wie folgt geändert :*

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für den Bereich der stadtteilverbindenden
Fahrradrouten eine Übersicht über die notwendigen Investitionsmaßnahmen **zuzüglich
laufender Instandsetzungskosten** zur Gewährleistung von sicheren verkehrlichen
Bedingungen für den täglichen Radverkehr zu erstellen. In einer solchen Übersicht sollen die
zu realisierenden Maßnahmen prioritär gewichtet und Kostenschätzungen einschließlich der
zur Verfügung stehenden Fördermittel angegeben werden.*

**Der Änderungsantrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion WIR. FÜR
HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger in den**

- Ausschuss für Planungsangelegenheiten**
- Ausschuss Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**

verwiesen.

**zu 7.4 Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Beteiligung am geplanten Bundesprogramm "Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" ab dem Jahr 2007
Vorlage: IV/2006/06002**

Herr Wehrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, sagte, dass die Stadtverwaltung in ihrem Beschlussvorschlag den Antrag erkannt hat und bat, diesen so zu übernehmen.

Herr Krause, Fraktion der SPD, hinterfragte, ob der Beschlussvorschlag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger durch den Beschlussvorschlag der Stadt mit den Punkten 1 und 2 ersetzt werden soll.

Dies wurde von **Herrn Wehrich** bejaht.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t
1 Gegenstimme
2 Enthaltungen

Beschluss (modifizierter Form):

- 1. Die Stadtverwaltung trifft im Rahmen der bisher bekannten Rahmenbedingungen des Programms des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ alle notwendigen Vorbereitungen, um die Beteiligung der Stadt Halle (Saale) am Bundesprogramm zu sichern.**
 - 2. Die Stadtverwaltung wird gemeinsam mit Trägern, Vereinen und Initiativen eine erste Koordinierung möglicher Mikroprojekte diskutieren bzw. vorbereiten, so dass es bei einer möglichen Ausschreibung des Programms sehr zeitnah zur Beantragung seitens der Stadtverwaltung kommen wird.**
-

**zu 7.5 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Umbesetzung eines Mitgliedes der Fraktion im Rechnungsprüfungsausschuss
Vorlage: IV/2006/05993**

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Frau Thea Ilse scheidet aus dem Rechnungsprüfungsausschuss aus.

Der Stadtrat entsendet Herrn Joachim Knauerhase in den Rechnungsprüfungsausschuss.

**zu 7.6 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Umbesetzung eines Mitgliedes der Fraktion im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL und HOAI
Vorlage: IV/2006/05994**

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Herr Joachim Knauerhase scheidet aus dem Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach der VOB, VOL und HOAI aus.

Der Stadtrat entsendet Frau Elke Schwabe in den Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach der VOB, VOL und HOAI.

**zu 7.7 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Entsendung eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH (VVV)
Vorlage: IV/2006/05995**

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, der Gesellschafterversammlung der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH (VVV) Herrn Dr. Michael Schädlich gemäß § 8 Absatz 7 des Gesellschaftsvertrages für den Rest der Amtszeit des ausgeschiedenen Herrn Velling zur Bestellung in den Aufsichtsrat vorzuschlagen.

**zu 7.8 Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Kulturausschuss
Vorlage: IV/2006/05991**

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Als sachkundige Einwohnerin im Kulturausschuss scheidet Frau Marianne Böttcher aus.

Herr Uwe Oertel wird als sachkundiger Einwohner in den Kulturausschuss berufen.

**zu 7.9 Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + Graue + WG Volkssolidarität
zur Umbesetzung eines Mitgliedes der Fraktion im
Jugendhilfeausschuss
Vorlage: IV/2006/06031**

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Die Stadträtin Frau Brigitte Thieme scheidet aus dem Jugendhilfeausschuss aus.

Der Stadtrat entsendet Frau Petra Meißner als stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.

zu 8 Anfragen von Stadträten

**zu 8.1 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion - Forderungsmanagement der
Stadtverwaltung Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/05857**

Ein Baustein zur Reduzierung des halleschen Haushaltsdefizits ist die konsequente und lückenlose Eintreibung von offenen Forderungen. Die Stadt Wiesbaden hat ihr bisheriges Forderungsmanagement analysiert und auf Grundlage eines Drei-Säulenkonzeptes effektiviert. Unter anderem werden „Schuldner“ direkt telefonisch an offene und überfällige Rechnungen erinnert. Über 75 % der erreichten Firmen und Bürger zahlen unmittelbar nach dem Telefonat. Verwaltungskosten sparend werden dort auch die Pfandgegenstände über die Internetplattform des Zolls erfolgreich versteigert.

- 1. Wie hoch ist der aktuelle Forderungsbestand der Stadt Halle (Saale) gegenüber Dritten (bitte nach Haushaltsstellen aufschlüsseln)?**
 - 2. Welches Forderungsmanagement/-system besteht innerhalb der Stadtverwaltung?**
 - 3. Welche Beitreibungsquote wird bei den einzelnen offenen Forderungen erreicht?**
 - 4. Wie erfolgt in der Stadt Halle der Umgang mit Pfandgegenständen und wie hoch sind die Versteigerungserlöse der letzten Jahre?**
-

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Die offenen Forderungen gegenüber Dritten werden je Haushaltsstelle in Anlage 1 dargestellt.

zu 2.

In der Stadtverwaltung Halle (Saale) werden über das Forderungssystem in der Stadtkasse alle fälligen Forderungen regelmäßig gemahnt und vollstreckt. Dieses passiert in einem Abstand von vier Wochen. Die vollstreckten Forderungen werden im Team Vollstreckung unter Anwendung des EDV-Programms AWISO weiter bearbeitet.

Um es gar nicht erst zu offenen Forderungen kommen zu lassen, sind in den Fachbereichen folgende verschiedene Systeme eingerichtet, durch die Sofortzahlungen erreicht werden:

- Vorkasse bei Baugenehmigungen und Gewerbebesuchen sowie bei Jagd- und Fischereischeinern,
- Einsatz von ec-cash im Einwohnermeldewesen, in der Führerscheinstelle sowie Zulassungsstelle, in der Bibliothek bzw. speziell in der Musikbibliothek, in der Stadtkasse, in der Theater- und Konzertkasse sowie im Rahmen der Händelfestspiele.

zu 3.

Welche Beitreibungsquote wird bei den einzelnen offenen Forderungen erreicht?

zu 4.

Wie erfolgt in der Stadt Halle der Umgang mit Pfandgegenständen und wie hoch sind die Versteigerungserlöse der letzten Jahre?

Seitens der Stadtkasse kann derzeit keine Beitreibungsquote, d.h. eine Gegenüberstellung der Höhe der Soll-Forderungen zu den beigetriebenen Beträgen, der Stadt Halle (Saale) dargestellt werden, da z. Zt. diesbezüglich keine statistischen Auswertungen vorgenommen werden.

Eine Statistik wird geführt über die Ergebnisse von Pfändungs- und Überweisungsbeschlüssen bei Bankpfändungen und eine Statistik über die Ergebnisse der Vollstreckungen im Außendienst.

Von **721** im ersten Quartal 2006 erlassenen Pfändungs- und Überweisungsbeschlüssen wurde folgendes Ergebnis festgestellt:

	Anzahl	Anteil in %
Zahlungen	217	30
Pfändung wurde vorgemerkt	286	40
keine Geschäftsverbindung	138	19
Konto aufgelöst	24	3
Sonstiges	18	2
Pfändung nicht anerkannt	19	3
Pfändung wurde aufgehoben	19	3

Im Jahr 2005 wurden folgende Ergebnisse der Aufträge an den Außendienst erreicht:

	Anzahl	Anteil in %
Ergebnislos (zahlungsunwillig, nicht angetroffen)	3.458	29,11
Schuldner unbekannt/verzogen/verstorben	1.106	9,31
Fruchtlose Pfändung (Unpfändbarkeitsprotokoll)	1.866	15,71
Antrag Ratenzahlung (Unpfändbarkeitsprotokoll)	971	8,17
Zahlungen	2.964	24,95
Sachpfändung	2	0,02
Rücknahme Auftrag	1.513	12,74
Gesamt	11.880	

Diese Ergebnisse wurden im Wesentlichen auch in den Vorjahren erreicht.

Pfandgegenstände werden auch in Halle seit 2004 über die Internetplattform Zollauktion versteigert. In der Anlage 2 wird eine Übersicht der Sachpfändungen und Verwertungen seit 1994 beigefügt.

Egbert Geier
Beigeordneter
Zentraler Service

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, bat darum, diese Anfrage noch einmal explizit im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zu behandeln. Die Antwort war sehr umfangreich, insbesondere das Aufstellen der Haushaltsstellen. Die Zahl der noch offenen 40 Millionen Euro ist jedoch sehr hoch. Als Grundlage zur Berechnung der Beitreiberquoten sollte das Modell Wiesbaden mit seinem statistischen Verfahren angesehen werden. Dies erfolgte nicht.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen und der Bitte um Information im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zur Kenntnis genommen.

**zu 8.2 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion zur finanziellen Be-/Entlastung der Stadt Halle durch die Einführung des SGB II im Jahr 2005
Vorlage: IV/2006/05992**

Die vom kommunalen Träger nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 SGB II zu tragenden Ausgaben sollen finanziert werden durch die Entlastung der Stadt Halle im Bereich der Sozialhilfe, Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen, der quotalen Beteiligung des Bundes mit 29,1 % und der Weitergabe der Mittel des Landes aus eingespartem Wohngeld an die Kommunen. Insgesamt sollten durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe Einsparungen bei den Kommunen erzielt werden.

Deshalb fragen wir:

**Wie sieht die detaillierte Einnahme- und Ausgabenbilanz der Stadt Halle im Jahr 2005 - bezogen auf alle Änderungen durch die Einführung des SGB II - aus?
Bitte die Bilanz mit den entsprechenden Unterabschnitten aufstellen.**

Antwort der Verwaltung:

Als Anlage erhalten Sie die Übersicht der Entwicklung Einnahme und Ausgabe der Unterabschnitte der Sozialhilfe sowie die Unterabschnitte 4000 und 4050 die durch die gesetzlichen Änderungen tangiert werden.

Für 2005 ergibt sich eine Entlastung der Stadt gegenüber 2004 in Höhe von 13,6 Mio. €. Bemerkt werden muss dazu jedoch, dass sich ein reales Bild der Ent- oder Belastung der Stadt erst im Vergleich mit 2006 oder gar noch später zeichnen lässt.

Einnahmen

1. Bei den Einnahmen sind im Jahr 2005 noch Beträge für das Haushaltsjahr 2004 enthalten.

2. Mit dem Ersten Gesetz zur Änderung des SGB II wurde geregelt, dass der Bund die Kommunen bei den Kosten für Unterkunft und Heizung an ALG II-Empfänger in den Jahren 2005 und 2006 um 29,1% entlastet.

Für das Jahr 2007 soll gemäß § 46 Abs. 7 SGB II der Anteil des Bundes an den Kosten der Unterkunft (KdU) durch Bundesgesetz neu geregelt werden. Derzeit gibt es keinerlei offizielle Informationen darüber, was in dem zu erwartenden neuen Gesetz geregelt wird.

3. Nach § 1 des Gesetzes zur Regelung der finanziellen Unterstützung der Kommunen im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (i. d. F. der Bekanntmachung vom 17. Dezember 2004) werden 42 600 000 EUR **und** weitere Mittel aus Minderausgaben des Landes aufgrund der Wohngeldreform im Rahmen des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt an die kommunalen Träger weiter geleitet. Wie hoch nun aber die tatsächliche Wohngeldersparnis des Landes ist und in welcher Höhe nun weitere Mittel aus Minderausgaben des Landes aufgrund der Wohngeldreform zu erwarten sind und wie die Aufteilung auf die Gebietskörperschaften erfolgt ist unklar.

4. Im Bereich Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende sinken die Einnahmen voraussichtlich weiter. Weil immer mehr zur Zahlung von Kindesunterhalt Verpflichtete ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, leistet das Jugendamt einen Vorschuss, den es sich dann zurückholen muss. Die Rückholquote sinkt jedoch erheblich, weil die ALG II-Empfänger nichts zurückzahlen. Nach derzeitiger Rechtsprechung brauchen aus ALG II-

Leistungen keine Unterhaltsleistungen erbracht werden. Darüber hinaus liegt der ALG II-Anspruch unter dem gesetzlich gewährten Selbstbehalt bei Unterhaltsverpflichtungen.

Ausgaben

1. Wegen der wachsenden Anzahl an Bedarfsgemeinschaften sind die Ausgaben für die Kosten der Unterkunft gestiegen.

2. Die Einführung des SGB II hat zudem auch Auswirkungen z. B. auf die Kinderbetreuung. In den Fällen, in denen Empfänger von Leistungen nach dem SGB II einen Anspruch auf eine Ganztagsbetreuung für ihre Kinder und ermäßigte Elternbeiträge haben, wachsen die Ausgaben der Stadt.

Weitere Punkte sind zu nennen:

- Mit dem Wegfall des Bundessozialhilfegesetzes seit Einführung des SGB II entfällt der besondere Mietzuschuss / pauschaliertes Wohngeld (UA 4966); in den Einnahmen 2005 sind jedoch noch die Erstattungen für die Dezemberleistungen 2004 aus dem bes. Mietzuschuss enthalten.
- Weiter sind in den Ausgaben für Krankenhilfe, Leistungen aus den Vorjahren enthalten und somit für Fälle, die ab 2005 ins SGB II übergegangen sind. Selbst in 2006 werden noch Leistungen für damalig Leistungsberechtigte nach BSHG in Rechnung gestellt und müssen beglichen werden.
- Ein weiterer Faktor ist im UA 4200 zu finden. Hier werden Leistungen gewährt an Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach §§ 24 und 25 des Aufnahmegesetzes. Dieser Personenkreis wurde an die ARGE abgegeben. Da jedoch für diesen Personenkreis das AsylbLG zwingend vorgeschrieben ist, kommen diese Personen jetzt aus SGB II zum SGB XII zurück. Im UA dokumentieren sich dadurch wieder höhere Ausgaben.

Szabados
Bürgermeisterin

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS, sagte, dass die Übersicht der Einnahmen und Ausgaben nichts über die Entlastung aussage.

Frau Bürgermeisterin Szabados antwortete, dass nur nach den Unterabschnitten gefragt wurde. Dies wurde beantwortet und es kann abgelesen werden, wie hoch die Entlastung von 13 Mio. € ist.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.3 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktionen zu Auswirkungen von
Gesetzesänderungen im Umweltrecht
Vorlage: IV/2006/06001**

Im Mai 2005 fragte die CDU-Fraktion nach den Auswirkungen der Gesetzesänderungen im Bereich des Hochwasserschutzes auf die Vorhaben im Bereich des B-Planes 129. Die Verwaltung verwies daraufhin auf die Vorlage eines Ergebnisberichtes zur neuen Ermittlung von Überschwemmungsgebieten und überschwemmungsgefährdeten Gebieten in der Stadt Halle beim Landesverwaltungsamt zum 30.12.2005. Deshalb fragen wir:

- 1. Welche Auswirkungen hat die Auswertung des Ergebnisberichtes auf die avisierten Vorhaben im Gebiet des B-Planes 129?**
 - 2. Welche weiteren Änderungen/Anpassung etc. ergeben sich aus der Auswertung des o. g. Ergebnisberichtes für das Stadtgebiet Halle? (Sind noch weitere vorhabensbezogene B-Pläne betroffen? Sind neue hochwassergefährdete Gebiete auszuweisen? usw.)**
-

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Das Landesverwaltungsamt hatte in Abstimmung mit dem Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft und der Stadt Halle eine neue Ausweisung der Überschwemmungsgebiete und überschwemmungsgefährdeten Gebiete an der Saale im Stadtgebiet Halle beauftragt. Seit März dieses Jahres liegt das Ergebnis vor. Danach liegt das im Geltungsbereich des B-Planes Nr. 129 zur Wohnbebauung vorgesehene Grundstück teilweise im Überschwemmungsgebiet (HQ₁₀₀) und die Gesamtfläche im überschwemmungsgefährdeten Gebiet (HQ₂₀₀).

Nach § 31b Abs. 4 Wasserhaushaltsgesetz ist die Ausweisung neuer Bauleitpläne in Überschwemmungsgebieten nicht zulässig. Ausnahmsweise zulässig ist nach diesem Gesetz die Ausweisung von Baugebieten dann, wenn „keine anderen Möglichkeiten der Siedlungsentwicklung bestehen oder geschaffen werden können“. Dies trifft in der Stadt Halle nicht zu. Die Errichtung von neuen, zum Aufenthalt von Menschen bestimmten Gebäude in Überschwemmungsgebieten ist nach § 97 1a WG LSA verboten. Sowohl dem Investor als auch dem Grundstückseigentümer wurde mit Schreiben vom 1.06.2006 mitgeteilt, dass unter dem aufgeführten Tatbestand und der Gesetzeslage, das Vorhaben – Uferbebauung Pfälzer Straße – nicht weitergeführt werden kann und die Planungen einzustellen sind. Die Stadtwirtschaft GmbH Halle wurde als Eigentümerin darüber hinaus darauf hingewiesen, dass sie dieses Grundstück nicht weiter als Bauland vermarkten kann.

zu 2.

Der nunmehr vorliegende Ergebnisbericht gestattet eine grundstücksscharfe Abgrenzung sowohl für die Überschwemmungsgebiete als auch für die überschwemmungsgefährdeten Gebiete. Auf Grundlage dieser Untersuchungsergebnisse wird das Landesverwaltungsamt das Überschwemmungsgebiet von Saale und Weißer Elster im Stadtgebiet von Halle neu festsetzen. Das entsprechende Ordnungsverfahren beginnt noch im Jahr 2006.

Die Überschwemmungsgebiete und überschwemmungsgefährdeten Gebiete sind in den Raumordnungs- und Bauleitplänen darzustellen (§§ 96 und 98 a WG LSA).

Im Bereich des Überschwemmungsgebietes ist keine Neuaufstellung von B-Plänen vorgesehen bzw. zulässig.

Für Vorhaben in rechtskräftigen Plangebieten sind die einschlägigen Regelungen des § 97 WG LSA heranzuziehen, wonach eine zum Zeitpunkt der 4. Änderung des WG LSA (April

2005) zulässige bauliche Nutzung von einem Verbot unberührt bleibt, jedoch dem Genehmigungs-vorbehalt der zuständigen Wasserbehörde unterliegt. Für die anderen (in Aufstellung befindlichen bzw. nicht abgeschlossenen) Plangebiete gelten die verschärften Bestimmungen des § 97 Abs. 1a WG LSA (Verbot von Wohnbebauung und nicht standortgerechter gewerblicher Anlagen).

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, fragte, inwieweit die Rad- und Fußgängerbrücke an der Schubertstraße von der Gesetzesänderung betroffen ist.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, antwortete, dass diese von der Gesetzesänderung nicht betroffen ist. Die Brücke lasse sich unabhängig von einem Bebauungsplan realisieren. Eine finanzielle Absicherung dagegen ist im Moment nicht möglich.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.4 Anfrage des Stadtrates Thomas Godenrath - CDU - zu den
Hundesteuereinnahmen im Jahr 2005
Vorlage: IV/2006/06003**

- 1. Wie hoch waren die Hundesteuereinnahmen im Jahr 2005? Bitte getrennt nach Hunden nach § 3 I a, b, c Hundesteuersatzung aufführen.**
 - 2. Wie viel Billigkeitsmaßnahmen nach § 13 wurden insgesamt im Jahr 2005 gewährt?**
 - 3. Nach Möglichkeit bitte die aktuellen Steuerpflichtigen, die einen Hund nach § 3 III – V (gefährliche Hunde) angemeldet haben, in Datenschutz unschädlichen Altersgruppen (z. B. bis 20 Jahre; 20 bis 30 Jahre und weiter 10er Schritten angeben).**
-

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Die Hundesteuereinnahmen für das Jahr 2005 belaufen sich auf 709.727,83 Euro, Stand 31.12.2005. Haushaltstechnisch kann nicht unterschieden werden, welche Teilbeträge auf gefährliche Hunde, Zweithunde und Ersthunde entfallen.

Statistisch wird vom Ressort Steuern die Anzahl der gehaltenen Hunde im Stadtgebiet von Halle (Saale) zum 31.12.2005 wie folgt ermittelt:

Ersthunde:	8.865	(Steuersatz: 76,69 Euro)
Zweithunde:	186	(Steuersatz: 153,39 Euro)
steuerfreie Hunde:	408	(Steuersatz: 00,00 Euro)
ermäßigte Hunde:	57	(Steuersatz: 38,35 Euro)
weiter ermäßigte Hunde:	4	(Steuersatz: 76,69 Euro)
gefährliche Hunde:	155	(Steuersatz: 613,55 Euro)

zu 2.

Im Steuerjahr 2005 wurden 5 Steuerpflichtigen (Halter von gefährlichen Hunden) eine Billigkeitsmaßnahme in Form eines Teilerlasses entsprechend des § 13 - Billigkeitsmaßnahmen – der Hundesteuersatzung gewährt. In 532 Steuerfällen wurden antragsgemäß Stundungen beschieden.

zu 3.

Zum 31.12.2005 wurden 155 gefährliche Hunde steuerlich erfasst und mit Steuerbescheid festgesetzt.

Altersgruppe bis 20:	2	Hundehalter
Altersgruppe 20-30:	83	Hundehalter
Altersgruppe ab 30:	70	Hundehalter

Egbert Geier
Beigeordneter
Zentraler Service

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, fragte, warum die Steuer für gefährliche Hunde bei bestimmten Menschen gestundet wird. Hier greife doch nicht der Steuereffekt.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler (Keine Tonaufnahme an dieser Stelle, da nicht ins Mikrofon gesprochen wurde.)

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.5 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Veränderung des Liniennetzes
der Halleschen Verkehrs-AG
Vorlage: IV/2006/06010**

Die Hallesche Verkehrs-AG plant, die Buslinie 24 ab dem 29. Oktober 2006 nicht mehr entlang der Karlsruher Allee, sondern über die Freyburger Straße fahren zu lassen. Bei der Realisierung dieser Pläne müssten die Bürgerinnen und Bürger, die bisher die Haltestellen entlang der Karlsruher Allee genutzt haben, ungewöhnlich lange Wege zurücklegen, um eine HAVAG-Haltestelle zu erreichen.

Wir fragen daher die Stadtverwaltung

- 1. Sieht die Stadtverwaltung aufgrund der zahlreichen Hinweise von Bürgerinnen und Bürgern und von Wohnungsunternehmen die Möglichkeit, auf die HAVAG einzuwirken, die Buslinie 24 in ihrem bisherigen Linienverlauf zu erhalten?**
 - 2. Hat die Stadtverwaltung die HAVAG darauf hingewiesen, dass mit der geplanten Linieführung der Buslinie 24 über die Freyburger Straße sich die Lebensqualität gerade für die älteren Bürgerinnen und Bürger im Umfeld der Karlsruher Allee wesentlich verschlechtert und die HAVAG aufgefordert, vor diesem Hintergrund ihre Pläne zu überdenken?**
-

Antwort der Verwaltung:

Zu 1. Die Möglichkeit der Einwirkung auf die HAVAG ist zwar gegeben, wird aber durch die Verwaltung nicht befürwortet. Die Stadt Halle (Saale) könnte mittels „Auferlegung“ die HAVAG beauftragen, auf Kosten der Stadt diese Linie weiter zu betreiben. Die Haushaltslage der Stadt und der Auftrag des Stadtrates an die HAVAG, Mittel in beachtlicher Höhe einzusparen, verbieten eine solche Entscheidung.

Zu 2. Die Verwaltung folgt bei der Einstellung der Linie 24 der Argumentation der HAVAG, die im Folgenden dargelegt ist und sieht zurzeit keinen Bedarf, die HAVAG aufzufordern, ihre Überlegungen zu überdenken.

Speziell auf der Silberhöhe war die in den letzten Jahren gesunkene Nachfrage aufgrund der Einwohnerentwicklung zu berücksichtigen. Das immer noch vorgehaltene Angebot von 2 Straßenbahnlinien und 3 Buslinien war somit nicht mehr zu verantworten. Die Wohnungen östlich der Karlsruher Allee befinden sich im o. g. Einzugsbereich der Straßenbahnhaltestellen. Die Wohnungen in der westlichen Erich-Kästner-Straße sind mit der Haltestelle Bertolt-Brecht-Weg (Linie 23) erschlossen. Die dort verkehrende Linie 23 fährt wie die Linie 24 Montag – Freitag alle 30 Minuten. Über die neue Endstelle Wörmlitz besteht Anschluss zu den Linien 1 und 6 in Richtung Stadtzentrum. Weiterhin fährt diese Buslinie die Endstelle Beesen (Linien 1 und 2) und die Haltestelle Betriebshof Rosengarten an, von dort ist u. a. der Hauptbahnhof erreichbar.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Herr Zeidler, Fraktion der SPD, sagte, dass die Antwort nicht ausreichend ist. Er bat die Verwaltung zu überprüfen, inwieweit die bisherige Linienführung der Linie 24 über die Karlsruher Allee zumindest in den Spitzenzeiten erhalten bleiben kann.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.6 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Videoüberwachung
öffentlicher Plätze
Vorlage: IV/2006/06008**

Wir fragen die Stadtverwaltung:

- 1. An welchen öffentlichen Plätzen ist momentan eine Videoüberwachung installiert? Welche nachweislich positiven Effekte sind dadurch erzielt worden?**
- 2. Ist bei den derzeit installierten Videoüberwachungen eine zeitliche Befristung vorgesehen? Wenn ja, wo und wie lange?**
- 3. Sind weitere Installationen vorgesehen? Wenn ja, wann, wo und wie lange?**
- 4. Welche Kosten sind der Stadt Halle (Saale) bisher durch die Installation und durch den Betrieb entstanden bzw. müssen weiterhin eingeplant werden?**

Antwort der Verwaltung:

Da die Videoüberwachung nicht im Zuständigkeitsbereich der Stadt liegt, wurden die Polizeidirektion Halle und die Deutsche Bahn AG um Zuarbeiten gebeten. Diese liegen noch nicht vor.

Wie vom Bahnstationsmanager der Deutschen Bahn AG mitgeteilt wurde, kann er zu den Fragen keine Stellung nehmen, da dafür allein der Bereich Konzernsicherheit der DB AG zuständig ist. Die Anfrage wurde vom Bahnstationsmanager nach dort mit der Bitte abgegeben, sich gegenüber der Stadt zu äußern.

In der Annahme, dass der GB III von den nachgefragten Einrichtungen schriftliche Aussagen erhält, erfolgt die Beantwortung der Anfrage in der Sitzung des Stadtrates am 25. 10. 2006.

Eberhard Doege
Beigeordneter

Herr Krause, Fraktion der SPD, sagte, dass die Verwaltung am 25.10.06 ohne nochmalige Anfrage berichten soll.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, antwortete, dass er auf Grund noch fehlender Zuarbeiten nicht antworten konnte.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt durch die Verwaltung in der Sitzung des Stadtrates am 25.10.2006.

**zu 8.7 Anfrage der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) zur Tätigkeit der Schiedsstellen
Vorlage: IV/2006/05990**

1. Wie viel Schiedsstellen sind zurzeit mit wie viel Schiedspersonen arbeitsfähig?
2. Wie viele Fälle hatten die einzelnen Schiedsstellen in den Jahren 2004, 2005 und im 1. Halbjahr 2006 zu bearbeiten?
3. Welche inhaltlichen Schwerpunkte der Streitigkeiten gab es in den letzten Jahren?
4. Wie viel Einnahmen und Ausgaben hatten die einzelnen Schiedsstellen in den Jahren 2004 und 2005?

Antwort der Verwaltung:

Zu 1.

In der Stadt Halle (Saale) sind zz. 7 Schiedsstellen tätig, die jeweils mit Schiedspersonen besetzt sind.

2

Zu 2.

Zu 3. Das
Halle (Saale)
und
über die
Aus
den

Schiedsstelle	2004	2005	2006
1	10	8	8
2	18	14	6
3	2	0	1
6	1	1	1
7	6	7	2
8	5	4	3
10 und 11	15	13	9

Amtsgericht
führt die Fach-
Rechtsaufsicht
Schiedsstellen.
Gesprächen mit

Schiedspersonen geht hervor, ohne dass dies repräsentativ sein kann, dass sich die Schiedsstellen hauptsächlich mit Nachbarschaftsstreitigkeiten befassen.

Zu 4.

Jahr	Einnahmen gesamt	Ausgaben gesamt
2004	825,80 Euro	3.088,30 Euro
2005	600,26 Euro	2.434,29 Euro

Egbert Geier
Beigeordneter
Zentraler Service

Wortmeldungen gab es nicht.

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.8 Anfrage der Fraktionsgemeinschaft FDP + Die Grauen + WG
Volkssolidarität -
aktueller Sachstand des Kegelsports nach Erstellung des Gutachtens
zum "Paradies"
Vorlage: IV/2006/06006**

Durch die Schließung der Kegelsporthalle „Paradies“ ist die Situation für den Kegelsport in unserer Stadt sehr unbefriedigend.

Im Vergleich zur Wettkampfsaison 2005/2006 nehmen in der folgenden Saison 30 % weniger hallesche Mannschaften teil, insbesondere keine einzige Jugendmannschaft mehr. Der Grund dafür sind Sportlerabmeldungen wegen fehlender ortsnaher Wettkampfstätten.

Die von einigen Vereinen gefundenen Ausweichmöglichkeiten im zukünftigen Saalekreis erwiesen sich zudem als recht problematisch (Überörtliche Wettkampfplanung stört den eigenverantworteten Spielbetrieb). Zudem fallen 2007/2008 mehrere dieser Provisorien aus den unterschiedlichsten Gründen weg.

Damit würde sich die Anzahl der halleschen Kegelmannschaften weiter erheblich verringern.

Deshalb fragen wir:

- **Welche Schlussfolgerungen ergeben sich aus dem nunmehr im Ressort Sport und Bäder vorliegenden Gutachten?**
 - **Unter welchen Bedingungen kann die Stadt – nach einer erfolgten Sanierung – die Kegelsporthalle an den Stadtsportbund bzw. an den Kreisverband Kegeln/Bowling übergeben?**
 - **Wie ist der Sachstand bezüglich Rückzahlungsforderung der Fördermittel?**
 - **Wann tagt die am 25.04.2006 gebildete Arbeitsgruppe?**
-

Antwort der Verwaltung:

Zu Pkt. 1

Das vorliegende Fachgutachten räumt die Durchführung einer Minimalsanierung zur Herstellung einer auf maximal 5 Jahre befristeten Nutzbarkeit ein, schließt eine Grundsanierung an diesem Standort jedoch aus.

Diese wäre einen Ersatzneubau finanziell gleichzusetzen und auf Grund des städtischen Haushaltsdefizits nicht genehmigungsfähig.

Nach Abwägung aller Faktoren schlägt die Verwaltung vor, das Objekt stillzulegen.

Die Beschlussvorlage zur Schließung der Einrichtung gemäß Gemeindeordnung § 44 (3), Ziff. 9 wird von der Verwaltung erarbeitet und dem Stadtrat zugeleitet.

Zu Pkt. 2

Die Herstellung der Vermietbarkeit der Kegelsportstätte „Paradies“ setzt Maßnahmen voraus, die den Bestand des Objektes für mindestens 20 Jahre sichern.

Dies ist nach Aussagen des Fachgutachters an diesem Standort nicht möglich.

Aus diesem Grund ist eine Übergabe an den SSB bzw. KfV Kegeln/Bowling auszuschließen.

Zu Pkt. 3

Die Fördermittelrückzahlung befindet sich bei den Fachministerien des Landes noch im Klärungsprozess.

Zu Pkt. 4

Die am 25. April 2006 gegründete Arbeitsgruppe wurde am 12.09.2006 über die Inhalte des Folgegutachtens sowie die Entscheidung der Stadtverwaltung informiert, die Sporeinrichtung nicht zu sanieren. Den Vereinen wurde die Unterstützung bei der Suche nach Ausweichobjekten bzw. nach Baulichkeiten, die nach einer Umrüstung als Kegelsportstätte nutzbar sind, zugesagt. Eine finanzielle Beteiligung der Stadt wurde auf Grund der Haushaltslage ausgeschlossen.

Eberhard Doege
Beigeordneter

Wortmeldungen gab es nicht.

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.9 Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Thema: Entgeltsaterhebung für die Benutzung von Sportstätten und Bäder der Stadt Halle (Saale) für Schulen in freier Trägerschaft kurz vor Schulbeginn
Vorlage: IV/2006/06005**

Schulen in freier Trägerschaft wurden in den Ferien darüber informiert, dass sie zum Schuljahresbeginn einen Entgeltbetrag von 25,60 € pro Stunde für die Sporthallennutzung zu entrichten haben. Laut Satzung über die Entrichtung von Entgelten für die Benutzung von Sportstätten und Bädern der Stadt Halle (Saale) – Sportstättenentgeltsatzung – ist der Entgeltsatz nach § 6 Abs. 3 durch eine Sondervereinbarung zu regeln.

Wir fragen daher:

Welche Sondervereinbarung hat die Stadtverwaltung mit den Schulen in freier Trägerschaft in Bezug auf die Entrichtung von Entgelten für die Benutzung von Sportstätten und Bädern der Stadt Halle (Saale) – Sportstättenentgeltsatzung – getroffen?

Warum wurden die freien Träger so kurzfristig, entgegen der geübten Praxis, über die bevorstehende Entgeltsaterhebung informiert?

Einen Tag vor Schulbeginn wurde eine Schule in freier Trägerschaft über eine bevorstehende Änderung der bereits im Frühjahr beantragten Turnhallenbesetzung informiert. Für die Schulleitung bedeutet diese Veränderung kurz vor Schulbeginn eine enorme zusätzliche Belastung: Umstellung des Stundenplanes, Einplanung einer zusätzlichen Aufsichtskraft (der Weg zur Halle ist aufwändiger als der zur bereits eingeplanten Turnhalle) usw.

**Warum wurde der freie Träger so kurzfristig über die Änderung informiert?
Muss sich die Stadtverwaltung nicht an Bearbeitungsfristen halten?
Sind solche überhaupt in der Bearbeitung von Vorgängen vorgesehen?**

Antwort der Verwaltung:

Gemäß § 64 des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt haben Schulträger das Schulangebot und die Schulanlagen im erforderlichen Umfang vorzuhalten, mit der notwendigen Einrichtung auszustatten und ordnungsgemäß zu unterhalten.

Als Schulträger der öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen ist die Stadt Halle (Saale) in der Pflicht, die materiell sächlichen Bedingungen für die Unterrichtsdurchführung dieser Schulen vorzuhalten, so auch die Bedingungen zur Durchführung des obligatorischen Sportunterrichtes.

Ein Gleiches gilt für alle anderen Träger von Schulen.

Während z. B. der Träger des Elisabeth-Gymnasiums und der Grundschule St. Franziskus durch die Vorhaltung einer eigenen Turnhalle sowie durch den Antrag auf Erwerb einer leer stehenden Turnhalle dieser Verantwortung nachkommt, haben andere Träger Nutzungszeiten gegen Entgeltzahlung vertraglich gebunden.

Für die Grundschulen in freien Trägerschaften Montessori, Waldorf und Kreativitätsschule wurden in den letzten Jahren ohne Grundlage in den Sporthallen der Stadt kostenlos Unterrichtszeiten zur Verfügung gestellt.

Im Schuljahr 2005/06 wurden somit für diese 3 Grundschulen 79 Stunden Sporthallennutzung pro Woche zur Verfügung gestellt.

Bei einer durchschnittlichen Nutzung der Sporthallen von 45 Wochenstunden ergibt dies einen Umfang von 1,76 Sporthallen des Typs KT 60.

Die durchschnittlichen Kosten für eine KT 60 betragen pro Jahr ca. 31.000 Euro (Miete, Bewirtschaftung, Reinigung).
Somit hat die Stadt indirekt einen unbaren Zuschuss in Höhe von ca. 54.500 Euro an diese drei Grundschulen geleistet.

Bei der derzeitigen Haushaltssituation der Stadt können solche freiwilligen Aufgaben nicht weiter finanziert werden.
Hinzu kommt, dass diese Leistung nicht als Zuschuss ausgewiesen ist, sondern sich bei den Ausgaben für die öffentlichen Schulen niederschlägt.

Wie anfangs erwähnt, ist die Stadt Halle (Saale) für die Sicherung des Unterrichtes an den öffentlichen Schulen der Stadt zuständig.
Somit konnte die Bereitstellung von Sporthallenzeiten für andere Schulen auch in den vorangegangenen Jahren immer erst nach Sicherung des Unterrichtes der öffentlichen Schulen erfolgen.

Da unterschiedliche Gründe und die geringen Abstimmungsmöglichkeiten in der Ferienzeit oft eine Klärung erst kurz vor oder nach Schuljahresbeginn ermöglichten, war die Eigenbedarfsklärung auch erst zu diesem Zeitpunkt abschließbar. Dies war und ist den Schulen in freien Trägerschaften bekannt, ebenso wie die Möglichkeit eventueller Veränderungen während des laufenden Schuljahres.

Der Fachbereich Schule, Sport und Bäder war bei der vor Beginn des Schuljahres 2006/07 erfolgten Information, dass zukünftig die Benutzung der Sporteinrichtungen kostenpflichtig ist, davon ausgegangen, dass durch die Schulträger dieser Schulen die eingeplanten Mittel für die Unterrichtssicherung auch die Kosten der Sicherung des Sportunterrichtes beinhalten.

Die Information an die betreffenden Schulen beinhaltete das Angebot, die Entgelte der Satzung als Sondervereinbarung für die Schulen in freier Trägerschaft um 50 % zu reduzieren.

Nach Rückinformation seitens der Schulen, dass in der Regel die Zahlungsbereitschaft vorliegt, aber für 2006 keine Mittel eingeplant sind und somit eine Zahlungsunfähigkeit besteht, hat und wird der Fachbereich Schule, Sport und Bäder Lösungen mit den Vorständen und Schulleitungen beraten.
Die Ergebnisse werden im Dezember 2006 den Mitgliedern des Bildungsausschusses vorgestellt.

Die Erhebung von Nutzungsentgelt sowie der Zeitpunkt der Einsetzung werden mit den betreffenden Schulträgern jeweils als Einzelfall für das Jahr 2007 nochmals vereinbart.

Die Information geht den Schulen in den nächsten Tagen zu.

Dr. habil. Hans-Jochen Marquardt
Beigeordneter für Kultur und Bildung

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, sagte, dass es eine Unmöglichkeit ist, einen Tag vor Schulbeginn einer Schule in freier Trägerschaft, in der u. a. behinderte Kinder untergebracht sind, mitzuteilen, dass sie eine andere Turnhalle nutzen muss. Zukünftig sollte eine bessere Planung innerhalb der Stadtverwaltung erfolgen. Weder den öffentlichen noch den privaten Trägern muss zugemutet werden, mit solchen Umständen umzugehen. Im Bildungsausschuss wurde gesagt, dass dieser Schule eine Turnhalle, die von Schimmel befallen ist, angeboten wurde.

Herr Dr. Marquardt, Beigeordneter für Bildung und Kultur, antwortete, dass in der Antwort der Stadtverwaltung der Sachstand dargestellt ist. Die Schulen wurden nicht erst einen Tag vor Schulbeginn in Kenntnis gesetzt. Sie wurden vorher auf die Notwendigkeit, dass die Benutzung der Turnhallen künftig kostenpflichtig ist, hingewiesen. Bei Unklarheiten sollten Lösungsmöglichkeiten gesucht werden.

Frau Wolff wies darauf hin, dass in der Ferienzeit die Schulen in freier Trägerschaft eine Beurlaubung haben. Dies wurde nicht berücksichtigt.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.10 Anfrage der Stadträtin Elke Schwabe - WIR. FÜR HALLE. - zum Stand der Umsetzung des Bildungsprogrammes "Bildung Elementar" in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/05996**

In einer Vereinbarung zur Umsetzung des in Sachsen-Anhalt gesetzlich verankerten Bildungsauftrages für Kindertageseinrichtungen wurde am 21.09.2004 durch Vertreter der Liga der Freien Wohlfahrtspflege, des Landkreistages, des Städte- und Gemeindebundes, der Evangelischen Kirchen und der Katholischen Kirche die Verbindlichkeit des Bildungsprogramms „Bildung elementar“ für alle Kindertageseinrichtungen des Landes festgelegt. Das Bildungsprogramm selbst soll einen fachlichen Orientierungsrahmen für die konzeptionelle Arbeit und eine Richtschnur für die Selbstevaluation in den Einrichtungen darstellen. Festgestellt wurde in diesem Zusammenhang, dass die Qualifizierung von Leiterinnen und Leitern von Kindertageseinrichtungen und gemeinsame Fortbildungsmaßnahmen für Lehrerinnen und Lehrer von Grundschulen und Erzieherinnen und Erzieher von Kindertageseinrichtungen unabdingbar sind.

Ich frage:

- 1. Wie viele Fortbildungsveranstaltungen zum Bildungsprogramm haben die Erzieherinnen und Erzieher in der Stadt Halle (Saale) seit 2004 bis jetzt besucht?**
- 2. Wie viele Erzieherinnen und Erzieher haben insgesamt daran teilgenommen? Wie viele Erzieherinnen haben noch keine Fortbildung zum Bildungsprogramm besucht?**

3. **Wie viele Leiterinnen und Leiter von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) haben an analogen Qualifizierungsmaßnahmen teilgenommen?**
 4. **Wie viele Einrichtungen verfügen über eine pädagogische Konzeption i.S.v. § 5 Abs. 3 KiFöG und wie werden diese Konzeptionen veröffentlicht?**
 5. **Welcher Anteil an der Arbeitszeit steht den Erzieherinnen und Erzieher für die Teilnahme an den Fortbildungsveranstaltungen sowie für die Vor- und Nachbereitung zur Verfügung?**
 6. **Wird in der Zeit der Inanspruchnahme von Fortbildungsveranstaltungen Ersatzpersonal zur Betreuung der Kinder unter der Maßgabe der Einhaltung des Betreuungsschlüssels zur Verfügung gestellt? Wenn ja, in welchem Umfang? Wenn nein, aus welchen Gründen nicht?**
 7. **Welche finanziellen Mittel stehen in der Stadt Halle (Saale) insgesamt für die Fortbildung von Erzieherinnen und Erzieher zur Verfügung?**
-

Antwort der Verwaltung:

Die Verwaltung kann die o. g. Anfragen der Stadträtin Frau Elke Schwabe erst in der Sitzung des Stadtrates am 25.10.2006 beantworten.

Begründung:

In der Stadt Halle (Saale) gibt es zurzeit 33 freie Träger und den Eigenbetrieb Kita, welche insgesamt ungefähr 130 Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) betreiben.

Um die Anfragen präzise zu beantworten bei dem sehr unterschiedlichen Stand der Umsetzung des Bildungsprogramms „Bildung elementar“ in den einzelnen Kindertageseinrichtungen ist eine zeitaufwändige Zusammenstellung notwendig.

Deswegen bitten wir um Verschiebung des Termins für die Beantwortung.

Wortmeldungen gab es nicht.

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt durch die Verwaltung in der Sitzung des Stadtrates am 25.10.2006.

**zu 8.11 Anfrage des Stadtrates Tom Wolter - MitBürger - zu Flächen für eine
Fahrradcrossstrecke in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/06004**

Zahlreiche Jugendliche im Alter von 11 bis 18 Jahren betreiben in Halle (Saale) die Sportart Fahrradcross. Seit Sommer 2005 engagieren sich daher einige Bürger der Stadt in einer Initiative zur Schaffung einer Fahrradcrossstrecke im Stadtgebiet von Halle. Der Verein „Fahrradcrossstrecke i.G.“ sucht dafür im Stadtgebiet Brachflächen in einer Größe von 1-2 ha, um eine Fläche für diesen speziellen Fahrradsport nutzbar zu machen und zu gestalten.

Deshalb frage ich die Stadtverwaltung:

Welche Brachflächen im Eigentum der Stadt Halle können der Initiative zur befristeten Nutzung überlassen werden?

Antwort der Verwaltung:

Zum Vorhaben Fahrradcrossstrecke gibt es bereits Kontakte mit dem Verein.

Das Vorhaben wäre eine gute Ergänzung der Angebote für Kinder und Jugendliche im Stadtgebiet. Außerdem will der Verein die Flächen selbständig herrichten und betreiben, so dass der Stadt keine Kosten entstehen würden.

In den vergangenen Monaten wurden verschiedene Flächen geprüft. Leider konnte bisher keine geeignete Fläche gefunden werden, die den Anforderungen an eine solche Fläche (auch in der Größe) entspricht und in städtischem Eigentum ist. Die Verwaltung wird sich jedoch weiter um eine geeignete Fläche bemühen.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Wortmeldungen gab es nicht.

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.12 Anfrage des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- zu Park+Ride bzw. Bike+Ride-Anlagen in Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/05998**

An zahlreichen Zugangsstellen des ÖPNV in der Stadt Halle (Saale) besteht die Möglichkeit an sog. Park+Ride bzw. Bike+Ride Einrichtungen den PKW oder das Fahrrad abzustellen und auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen, weitere Anlagen sind vorgesehen. Im aktuellen Entwurf des Haushaltes 2006 der Stadt Halle (Saale) werden Haushaltsmittel für den Erwerb von Grundstücken und Planungsleistungen bezüglich einer P & R-Anlage in Halle-Nietleben vorgeschlagen. Im Entwurf des Nahverkehrsplanes ab 2006 ist am Bahnhof Nietleben demgegenüber lediglich die Einrichtung eine B & R – Anlage für den Fall einer erfolgten Durchbindung der S-Bahn nach Leipzig enthalten.

Ich frage die Stadtverwaltung:

- 1. Welche Erkenntnis hat die Stadtverwaltung zur tatsächlichen Nutzung der in Halle (Saale) vorhandenen P & R und B & R-Anlagen? (Anlagen bitte einzeln auführen!)**
 - 2. Welche Folgen ergeben sich aus Sicht der Verwaltung infolge der Bauverzögerungen am Leipziger City-Tunnels für das Projekt P & R Nietleben, wenn sich eine Realisierung einer durchgängigen S-Bahn-Verbindung von Markkleeberg nach Halle-Neustadt mindestens bis zum Jahr 2011 verschiebt?**
 - 3. Wann wird das beabsichtigte Vorhaben am Bahnhof Nietleben im Ausschuss für Planungsangelegenheiten beraten?**
-

Antwort der Verwaltung:

Aufgrund der umfassenden Fragestellung und der geforderten Analyse der Park+Ride und Bike+Ride-Plätze, erfolgt die Beantwortung dieser Anfrage in der **Stadtratssitzung am 25.10.2006.**

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Wortmeldungen gab es nicht.

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt durch die Verwaltung in der Sitzung des Stadtrates am 25.10.2006.

**zu 8.13 Anfrage des Stadtrates Dietmar Weihrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- zu Rechtsextremismus in Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/06000**

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind gesamtgesellschaftliche Probleme, die auch vor den Kommunen Sachsen-Anhalts nicht halt machen. Laut Landesverfassungsschutzbericht 2005 hat die Anzahl der rechtsextremen Straf- und Gewalttaten in Sachsen-Anhalt im vergangenen Jahr deutlich zugenommen.

Unser Bundesland führt die deutschlandweite Statistik der rechtsextremen Gewalttaten mit 4,3 Taten pro 100 000 Einwohner an. Die Anzahl der Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund erhöhte sich von 741 (2004) auf 1 100 (2005). Rechte Gewalttaten nahmen von 73 (2004) auf 116 (2005) zu. Zahlen der Mobilen Opferberatung gehen von einem noch deutlicheren Anstieg aus. Immer wieder kommt es zu ausländerfeindlichen Überfällen. Zur Bekämpfung rechtsextremer und fremdenfeindlicher Tendenzen ist es jedoch notwendig, die Situation in der Stadt genau zu kennen, um dann zielgerichtet über Gegenmaßnahmen diskutieren zu können.

Ich frage:

- 1. Welche Erkenntnisse über Aktivitäten rechtsextremer Gruppen in Halle liegen vor?**
 - 2. Welche Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund wurden in Halle in den letzten Jahren (2003-2005) verübt?**
 - 3. Wie schätzt die Verwaltung die Situation der rechtsextremen Szene in der Stadt Halle ein?**
 - 4. Welche Maßnahmen hat die Verwaltung in den vergangenen Jahren ergriffen, um rechtsextreme Bestrebungen zurückzudrängen?**
 - 5. Mit welchen freien Trägern arbeitet die Verwaltung in diesem Bereich zusammen?**
-

Antwort der Verwaltung:

Da für die Beantwortung der Fragen zwei Geschäftsbereiche und die Polizeidirektion zuständig und einige Recherchen notwendig sind, erfolgt die Beantwortung der Anfrage in der nächsten Sitzung des **Stadtrates am 25. 10. 2006.**

Eberhard Doege
Beigeordneter

Wortmeldungen gab es nicht.

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt durch die Verwaltung in der Sitzung des Stadtrates am 25.10.2006.

zu 9 mündliche Anfragen von Stadträten

Herr Misch, Fraktion der CDU, sagte, dass zum diesjährigen Laternenfest von der Stadt Halle die Reservistenkameradschaft Halle eingeladen war. Im Gegenzug dazu erhielten städtische Repräsentanten, u. a. Herr Dr. Marquardt, Einladungen. Ihn verwundere es, wenn geantwortet wird, dass er von der Reservistenkameradschaft künftig keine Einladungen mehr erhalten möchte. Er fragte Herrn Dr. Marquardt, ob diese im Auftrag unterschriebene Antwort richtig ausgeführt wurde.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler fragte er, wie sie ein solches Verhalten eines offiziellen Vertreters der Stadt bewerte. Von Herrn Dr. Marquardt hätte er gewusst, ob er gegenüber der Reservistenkameradschaft sein Verhalten erklären könnte.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass sie nicht wisse, um was es geht und bat um Aufklärung. Bisher wurde die Reservistenveranstaltung immer vorzüglich begleitet.

Herr Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Bildung, wies darauf hin, dass er an diesem Tag an einem anderen Termin teilgenommen hat. Beim offiziellen Rundgang vor dem Laternenfest hat er die Kollegen der Reservistenkameradschaft begrüßt. Er werde auch künftig diese Einladungen entgegennehmen und Termine wahrnehmen. Die Antwort ist falsch.

Herr Misch fragte, ob er davon ausgehen kann, dass er gegenüber der Reservistenkameradschaft die Angelegenheit richtig stellt.

Herr Dr. Marquardt antwortete, er werde das mit der Reservistenkameradschaft klar stellen.

Herr Heft, Fraktion Die Linkspartei. PDS, stellte folgende Anfragen und bat um schriftliche Antworten von Seiten der Oberbürgermeisterin:

1. Wie kommt die Stadt Halle bei der Auenschule ihrer Instandhaltungspflicht nach?
2. Am 5.9.2006 hat das Land Sachsen-Anhalt die Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes veröffentlicht und bittet u. a. die Stadt Halle, Hinweise und Anregungen bis 30.10.06 abzugeben. Wie und in welcher Art gedenkt die Stadt Halle den Ausschuss für Planungsangelegenheiten bzw. den Stadtrat bei der Abgabe dieser Anregungen und Hinweise zur Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zu berücksichtigen?
Er regt an, vor dem 30.10. noch in der Stadtratssitzung den Anregungen und Hinweisen der Stadt Halle durch einen entsprechenden Ratsbeschluss größeres Gewicht zu verleihen.
3. In der Stadtratssitzung vom Juli 2006 wurden auf Anfrage von Frau Ute Haupt die vier Antragsteller zum Förderprojekt „Mehrgenerationenhaus“ genannt. Ihm verschließe sich in diesem Zusammenhang der Antragsteller Franckesche Stiftungen. Er fragt, weshalb nicht alle anderen Antragsteller genannt wurden und bat um Begründung.
4. Für die Ausstellung „Kardinal Albrecht“ gibt es einen Flyer von der Stadtmarketing GmbH. Dieser enthält keinen Hinweis auf die Erreichbarkeit dieser Ausstellung mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Weshalb nicht?

Frau Bürgermeisterin Szabados antwortete auf die Frage zum „Mehrgenerationenhaus“, dass in der Sitzung des Stadtrates darauf verwiesen wurde, dass das der derzeitige Kenntnisstand ist. Die Anträge waren einzureichen beim Bundesfamilienministerium. Von dort kam der Hinweis, dass die Anträge dort registriert werden und die Stadt Halle alle

eingegangenen Anträge mit der Bitte zugestellt bekommt, um eine Stellungnahme dazu abzugeben.

Herr Bartl sagte, dass die restlichen Antworten schriftlich beantwortet werden.

Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU, fragte nach dem Stadtratsbeschluss vom 26.1.2005, Leitungsstruktur Verbund Opernhaus und Philharmonisches Staatsorchester, wo ab dem 1.8.2006 der Name Oper Halle/Staatskapelle Halle getragen soll. Wann gedenkt die Verwaltung, diesen Punkt umzusetzen?

Zur Schulentwicklungsplanung sagte sie, dass diese im September dem Bildungsausschuss vorliegen sollte. Was gibt es für Gründe, warum diese noch nicht vorliegt?

Herr Dr. Marquardt antwortete, dass ihm der Beschluss zur Leitungsstruktur Opernhaus bekannt ist. Er habe mehrfach den Intendanten auf den Stadtratsbeschluss hingewiesen und er erwartet von ihm eine Stellungnahme.

Herr Prof. Dr. Ehrler, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, fügte hinzu, dass Herr Froboese eine Diskussion um diesen Titel führen will. Dieser Titel ist aber eine beschlossene Sache und es ist zu spät, eine weitere Diskussion zu führen.

Herr Dr. Marquardt antwortete, dass es im Kulturausschuss eine Arbeitsgruppe gegeben hat, in der Diskussionen geführt wurden. Mit Beginn der Spielzeit 2006/2007 sollte der neue Namen in den Werbematerialien geführt werden. Dies erfolgte bisher nicht. Herr Froboese soll Vorschläge unterbreiten, wie er das kostenneutral für die Stadt korrigieren will. Diese Antwort steht noch aus.

Zur Schulentwicklungsplanung sagte er, dass zu den einzelnen Punkten noch Abstimmungsbedarf innerhalb der Beigeordnetenrunde besteht.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, gab noch den Hinweis, dass in der Arbeitsgruppe des Kulturausschusses eine einheitliche Linie festgelegt wurde, welche eingehalten werden sollte. Die Stadtverwaltung müsste hier über Konsequenzen nachdenken.

Weiterhin fragte sie, ob die MitarbeiterInnen der Zentralen Theaterkasse geschult werden, um über das Theaterangebot Auskunft geben zu können.

Herr Dr. Marquardt antwortete, dass seines Wissens die MitarbeiterInnen geschult werden. Er werde dies prüfen.

Herr Koehn, Fraktion der SPD, hatte eine Anfrage zur Fußgängerzone am Gastronom in Halle-Neustadt. Bei der Neugestaltung des Geländes um das „Gastronom“ wurden im Rahmen der Landesinitiative Urban 21 in der Fußgängerzone Terrassen mit Holzbohlenbelag installiert. Seit einiger Zeit sind diese Terrassen durch Bauzäune für den Fußgängerverkehr gesperrt. Ursachen hierfür sind wahrscheinlich bauliche Mängel. Er fragte deshalb, wie und wann die Wiederherstellung der errichteten Flächen bzw. die Öffnung für den Fußgängerverkehr realisiert wird?

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, antwortete kurz zu den Mängeln an der Holzplattform, dass gegenüber dem Ausführungsbetrieb Regress angemeldet wurde. Dieser Betrieb ist inzwischen insolvent. Was den Sachstand der Durchgänge betrifft, ist dem ehemaligen Eigentümer nach der Gerichtsverhandlung aufgegeben worden, mit der Stadt auf einem Vergleichsweg eine Lösung zu finden, wie die Sanierungskosten des Durchganges geteilt werden können. Die Stadt hat dazu klare Vorstellungen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

zu 10 Mitteilungen

**zu 10.1 Information zum Antrag des Stadtrates Wolfgang Kupke - CDU - zur
Einrichtung einer Jugendbibliothek (Vorlage: IV/2005/05506)**

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.2 Zwischenbescheid zum Antrag des Stadtrates Dr. Uwe Köck - Die
Linkspartei. PDS Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zur Nachrüstung
eines Wetterschutzes an der Straßenbahnhaltestelle
Bahnunterführung Riebeckplatz**

Der Zwischenbescheid wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.3 Information zum Widerspruch der Oberbürgermeisterin zum
Beschluss des Stadtrates zur Fortschreibung des mittelfristigen
Schulentwicklungsplanes**

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler teilte mit, dass am 16. November 2006 die Stadt Halle (Saale) anlässlich ihres 1200jährigen Jubiläums sowie im Hinblick auf die bevorstehende Beendigung der 300jährigen Geschichte als Garnisonsstadt gemeinsam mit der Bundeswehr einen Großen Zapfenstreich um 21:00 Uhr auf dem Marktplatz ausrichten wird. Zuvor findet im Stadthaus um 19:30 Uhr ein Empfang statt.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

Weitere Mitteilungen gab es nicht.

zu 11 **Anträge auf Akteneinsicht**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass ein Antrag zur Akteneinsicht der Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90

- in das Gutachten zum baulichen Zustand der Kegelsporthalle
vorliegt.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die 25. öffentliche Tagung des Stadtrates.

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin

Kraft
Protokollführerin